



Laut einer Umfrage des Think Tanks Confrontations Europe und des Viavoice-Instituts, die in zehn europäischen Ländern durchgeführt wurde, äußern sich die Franzosen am kritischsten eine legale Einwanderung von nicht-europäischen Bevölkerungsgruppen in die EU.

Jeder zweite Franzose ist gegen die legale Einwanderung nicht-europäischer Bevölkerungsgruppen in die Europäische Union (EU). Dies geht aus den Ergebnissen einer europaweiten Umfrage hervor, die von dem Think Tank Confrontations Europe und dem Institut Viavoice initiiert und unter den Einwohnern von zehn EU-Ländern durchgeführt wurde, wie der Sender Franceinfo am Mittwoch, dem 20. September, meldete.

Nur 12% der befragten Franzosen sind „voll und ganz“ für die legale Einwanderung nichteuropäischer Bevölkerungsgruppen in die EU, 29% „eher“ dafür, während 30% der befragten Franzosen „eher“ dagegen sind und 20% „voll und ganz“ dagegen. 9% gaben keine Stellungnahme ab. Laut dieser Umfrage sind die französischen Einwohner von allen befragten Europäern mit am kritischsten gegenüber der legalen Einwanderung von Nicht-EU-Bürgern in die EU: 78% der Spanier sind dafür, 76% der Italiener, 70% der Rumänen, 56% der Griechen, 49% der Schweden, 48% der Deutschen, 46% der Belgier und Polen und 43% der Ungarn.

Was die Freizügigkeit von EU-Bürgern innerhalb der EU-Länder betrifft, so sind die Rumänen, Italiener, Spanier und Griechen am positivsten eingestellt – mehr als 9 von 10 befürworten es, während die Belgier (75 %), Franzosen und Schweden (71 %) etwas zurückhaltender sind.

In allen befragten europäischen Ländern ist die Mehrheit der Bevölkerung der Ansicht, dass es in ihrem Land und in Europa zu viel Einwanderung gibt, mit Ausnahme von Griechenland. Dort sind nur 45 % der Meinung, dass es in ihrem Land zu viel Einwanderung gibt, für Europa sehen es 38 % so. In Rumänien sind 53 % der Meinung, dass es in Europa zu viel Einwanderung gibt, aber nur 38 % meinen das für Rumänien. Die Deutschen (74 %), die Italiener (73 %) und die Franzosen (71 %) sind am stärksten der Ansicht, dass es in ihrem jeweiligen Land zu viel Einwanderung gibt. Es sind auch diese Länder, die zusammen mit Ungarn am stärksten der Meinung sind, dass die Einwanderung in Europa zu hoch ist (73% in Deutschland, 69% in Frankreich und Ungarn und 68% in Italien).

Aus der Umfrage geht allerdings auch hervor, dass die Europäer nur wenig über die Einwanderung auf dem Kontinent wissen. Die Umfrage offenbart die große Bedeutung der Medienberichte zum Beispiel über die Fahrten von Migranten über das Mittelmeer. Im Jahr 2022 sind etwa 2 Millionen Menschen legal in die Europäische Union eingewandert – diese Zahl ist zwei Dritteln der Europäer unbekannt oder wird überschätzt. In den befragten



Hälfte aller Franzosen laut Umfrage gegen legale Einwanderung nichteuropäischer Menschen in die EU

Ländern gaben weniger als 3 von 10 Menschen eine richtige Antwort auf diese Frage, wobei ein großer Teil überhaupt keine Antwort wußte.

Für 8 von 10 befragten Ländern ist der Hauptvorteil der Einwanderung in die Europäische Union die Bereitstellung von Arbeitskräften für unqualifizierte Berufe. Danach folgen das Bevölkerungswachstum in alternden Ländern (erste Antwort in Spanien, aber auch in den anderen Mittelmeerländern Italien und Griechenland weit verbreitet) und die Bereitstellung von qualifizierten Arbeitskräften (erste Antwort in Deutschland).

Angesichts der Herausforderung, die die Migrationsströme nach Europa in den nächsten fünf Jahren darstellen werden, haben die Europäer unterschiedliche Prioritäten: Für Frankreich, Ungarn, Polen und Griechenland wird von den befragten Menschen als erste politische Maßnahme die Verstärkung der Grenzkontrollen an den Grenzen der EU-Länder genannt (begleitet von einer Verstärkung der Grenzkontrollen an den Grenzen der Herkunftsländer der Migranten). In Spanien, Rumänien und Schweden ist die Förderung der sozialen Integration von Zuwanderern durch Sprache, Bildung, Arbeit und Wohnraum zuerst erwünscht, während in Deutschland und Italien insbesondere eine zahlenmäßige Verteilung der Zuwandererbevolkerung auf die EU-Länder gefordert wird.